

PM Anerkennungsgesetz

Willkommensgruß mit Hindernissen

„Von diesem Gesetz sollte ein herzlicher Willkommensgruß ausgehen. Stattdessen müssen Ausländer, die ihre Qualifikationen in Deutschland anerkennen lassen wollen, weiter mit Hindernissen rechnen“, so Agnes Alpers, Sprecherin für berufliche Aus- und Weiterbildung der Bundestagsfraktion DIE LINKE zur abschließenden Beratung über das Gesetz zur Verbesserung der Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen. Alpers weiter:

„Mit dem Gesetz hat die Bundesregierung einen ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Es müssen aber weitere folgen. Erst dann wird sich zeigen, ob die Erwartungen der Bundesregierung, die sie eigens in das Gesetz gesteckt hat, endlich erfüllt werden und ein unbürokratisches, zügiges und transparentes Verfahren gewährleistet wird.

„DIE LINKE fordert eine Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufs- und Bildungsqualifikation, die nicht nur wirtschaftliche Interessen befriedigt, sondern zu echter sozialer Integration führt. Hierfür muss den Betroffenen ein Rechtsanspruch auf Beratung eingeräumt. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, an Nachqualifizierungen teilzunehmen und dürfen in ihrem Bestreben, ihre Abschlüsse in Deutschland anerkennen zu lassen, nicht durch Gebühren abgeschreckt werden. Dies soll ein 100-Millionen schweres Sofortprogramm absichern, das wir noch in den laufenden Haushaltsverhandlungen einfordern werden.“